PRESSEMITTEILUNG

DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

Herausgeber: DPolG Hamburg

Holzdamm 18
20099 Hamburg
Telefon (040) 25 40 26 - 0
Telefax (040) 25 40 26 - 10

dpolg@dpolg-hh.de
www.dpolg-hh.de
V.i.S.d.P.: Thomas Jungfer

03.11.2026

Gewaltexzesse gegen Polizeibeamte endlich stoppen!

Es kam, wie es erwartet wurde. Anlässlich und im Nachlauf der größtenteils friedlich verlaufenen GenZ-Demonstrationen haben kriminelle Gewalttäter gebrandschatzt, geplündert, Polizeibeamte attackiert und sind dabei auch vor massiver Gewalt nicht zurückgeschreckt – ganz im Gegenteil.

In mehreren deutschen Großstädten kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen. Insbesondere in Frankfurt/Main und Köln aber auch in Hamburg wurden Polizistinnen und Polizisten zur Zielscheibe enthemmter Gewalttäter. In den Medien wurden Bilder gezeigt, die Hamburger Kolleginnen und Kollegen an den G20-Gipfel 2017 erinnern. Damit muss endlich Schluss sein!

Die DPolG Hamburg fordert die Politik in Bund und Ländern auf, dafür zu sorgen, dass Pyro-Angriffe auf Polizeibeamte rechtlich als versuchtes Tötungsdelikt bewertet werden und die Täter entsprechend dieses Verbrechenstatbestandes angeklagt und verurteilt werden.

Wer Menschen mit sogenannten Polen-Böllern bewirft, nimmt nicht nur die Gesundheit dieser Menschen, sondern auch deren Tod in Kauf. Hier muss der Gesetzgeber endlich reagieren und klare Kante zeigen. Darüber hinaus fordert die DPolG Hamburg, dass von Demo-Teilnehmern mitgeführte Sachen anlasslos nach gefährlichen Gegenständen von der Polizei durchsucht werden dürfen. Wer mit einem Rucksack oder großen Taschen zu einer Demo erscheint, sollte für diese Kontrolle ein ebensolches Verständnis haben, wie Fußballfans beim Stadionbesuch oder Reisende an Flughäfen.

Dazu DPolG-Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Die erneuten Gewaltattacken auf meine Kolleginnen und Kollegen machen mich wütend. Es ist an der Zeit, dass die Politik ins Machen kommt. Ich bin es leid, die seit Jahren andauernde Empörungs- und Betroffenheitsrhetorik zu hören. Wortgewaltige Statements müssen für die Täter in spürbares politisches und rechtliches Handeln münden. Das Strafrecht muss konsequent zur Anwendung kommen und wo es notwendig ist, verschärft werden. Deshalb ist es richtig, Pyroangriffe auf Polizisten endlich als versuchtes Tötungsdelikt zu bewerten. Wer Gewalt sät, muss einen starken Rechtsstaat ernten – so einfach ist das!“

Bei Rückfragen: Thomas Jungfer, Landesvorsitzender, Tel.: 0172-5696287